



„Wir haben nichts zu verlieren“

Streiks erschüttern den britischen National Health Service

Über die Versorgungsengpässe im britischen National Health Service (NHS) berichteten wir bereits in der letzten Ausgabe des BZB. Jetzt eskaliert die Situation zusehends. Die Beschäftigten des NHS gehen wegen der miserablen Arbeitsbedingungen auf die Barrikaden. Mehrtägige Streiks drohen die medizinische Versorgung in Großbritannien endgültig lahmzulegen.

„Wir haben nichts zu verlieren. Wir werden so lange immer wieder hier stehen, bis sich etwas ändert“, so die Intensivkrankenschwester Kati Harris gegenüber „zdf.de“. Es handelt sich um einen bislang beispiellosen Arbeitskampf, bei dem Anfang Februar 73 der rund 220 NHS-Organisationseinheiten den Dienst verweigerten. Wer die Bilder ellenlanger Warteschlangen von Rettungswagen vor den Notaufnahmen der Kliniken, die überfüllten Wartebereiche und die mit Krankenbetten vollgestopften Gänge noch vor Augen hat, kann das nachvollziehen. Teilweise dauert es Stunden, bis ein Rettungswagen beim Patienten eintrifft. Und das hat mittlerweile Folgen. So berichtet „zdf.de“ von einer erheblichen „Übersterblichkeit“. 2022 seien 20 Prozent mehr Tote gezählt worden als im Fünfjahres-Durchschnitt. Auf Corona lässt sich das nicht mehr zurückführen. Rund 44 000 Todesfälle wären wohl durch eine bessere medizinische Versorgung vermeidbar gewesen.

In einem der größten Streiks im Gesundheitswesen des Vereinigten Königreiches geht es vor allem um faire Arbeitsbedin-

gungen und bessere Bezahlung. „Wir gehen nach der Arbeit zur Tafel. Und viele Kollegen arbeiten lieber im Supermarkt, verlassen uns, weil da mittlerweile deutlich mehr gezahlt wird“, erzählt die Krankenschwester Catherine Mills einem ZDF-Reporter. Die Pflege-Gewerkschaft Royal College of Nursing (RCN) fordert daher Lohnerhöhungen, die deutlich über der Rekordinflation im Vereinigten Königreich von mehr als zehn Prozent liegen, berichtet das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Doch die Regierung von Premierminister Rishi Sunak weigert sich bislang, hierüber zu verhandeln und weist die Forderungen als unbezahlbar zurück. Der Tory-Politiker hatte in einem Fernsehinterview erklärt, er würde den Pflegekräften „liebend gern eine kräftige Lohnerhöhung geben“. Die Regierung müsse jedoch schwere Entscheidungen treffen und finanziere den NHS in anderen Bereichen, wie bei der Bereitstellung von medizinischer Ausrüstung und Krankenwagen, so der „Spiegel“. Eine derart starke Lohnerhöhung treibe zudem die Verbraucherpreise in die Höhe und sei allein deswegen nicht tragbar. Klar ist: Der Brexit und die Corona-Pandemie haben das chronisch unterfinan-

zierte britische Gesundheitssystem weiter geschwächt. So sind derzeit 50 000 Stellen im Pflegebereich nicht besetzt. Auch Ärzte und Zahnärzte sagten der Insel „Good bye“.

Für die deutsche Gesundheitspolitik sollten die Zustände in Großbritannien ein Alarmsignal sein. Die Spargesetze aus dem Hause Lauterbach könnten auch hierzulande bestehende Versorgungsengpässe verschärfen – auch und gerade im ambulanten Sektor. Freiberuflich tätige Ärzte und Zahnärzte können zwar nicht streiken, aber viele von ihnen arbeiten schon heute am Limit. „Ich erwarte, dass die Bundesregierung 2023 mutige Reformen auf den Weg bringt, die das Gesundheits- und Pflegesystem ernsthaft auf bessere Füße stellen“, fordert der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Redaktion